

Die Linke sprengt die bürgerliche Mehrheit

Autor(en): Markus Vogt
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 2004

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/d3fcb682-99d1-497c-9531-40672012e968>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

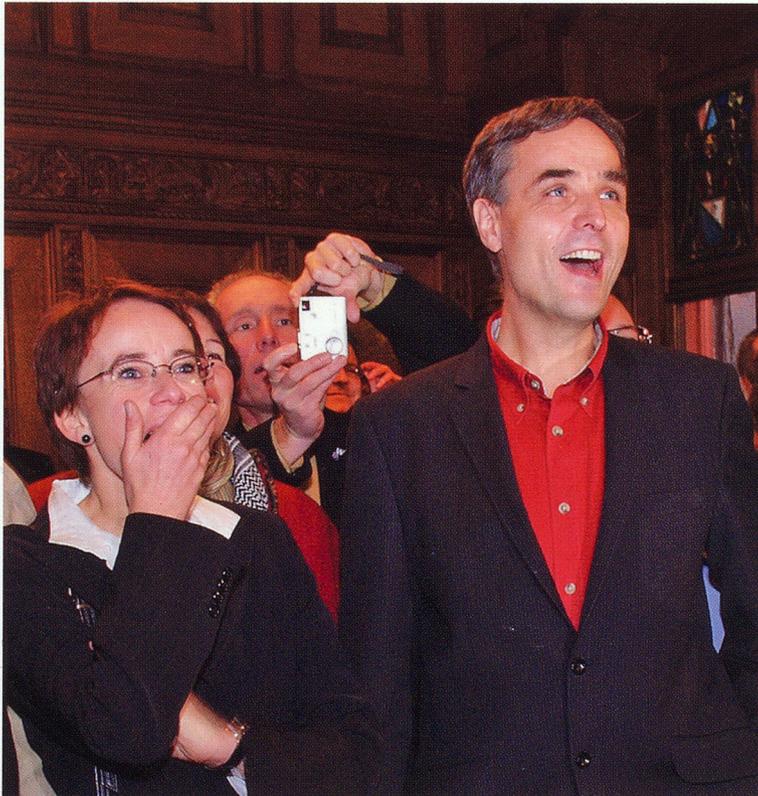
Die Linke sprengt die bürgerliche Mehrheit

Markus Vogt

Basler Regierungs- und Grossratswahlen 2004

Im neuen Regierungsrat stellt die Linke die Mehrheit. Auch die Grossratswahlen wurden von den linken Parteien klar gewonnen. Doch wie ist es zu diesem rot-grünen Sieg gekommen?

Eva Herzog (SP) und Guy Morin (Grüne): Mit ihrer Wahl endeten die Basler Regierungsratswahlen mit einem rot-grünen Sieg.



Das Rote Basel, das von 1938 bis 1950 Bestand hatte, ist auferstanden: So frohlockten viele Sozialdemokraten und andere Linke im Kanton Basel-Stadt nach den Gesamterneuerungswahlen vom 24. Oktober 2004. Tatsächlich hat die Linke den Bürgerlichen im Regierungsrat die Mehrheit abgenommen. Die neue Regierung ist rot-grün: Zwei Sozialdemokratinnen, ein Sozialdemokrat und ein Grüner stellen die Mehrheit, ihnen stehen drei bürgerliche Regierungsräte aus FDP, LDP und CVP gegenüber. Gleichzeitig haben die linken Parteien auch die Grossratswahlen klar gewonnen: SP und das Grüne Bündnis stellen mit zusammen 62 von total 130 Sitzen beinahe die absolute Mehrheit im Kantonsparlament.

— Lange Zeit hatte es so ausgesehen, als würde sich in der Basler Kantonsregierung personell kaum etwas verändern. Die Exekutive in der Zusammensetzung Jörg Schild (FDP, seit 1992 im Amt), Ueli Vischer (LDP, 1992), Hans Martin Tschudi (DSP, 1994), Ralph Lewin (SP, 1997), Barbara Schneider (SP, 1997), Carlo Conti (CVP, 2000) und

Christoph Eymann (LDP, 2001) wirkte ziemlich homogen. Rücktrittsgelüste oder Amtsmüdigkeit wurden zwar den beiden Amtsältesten Schild und Vischer hin und wieder nachgesagt, doch noch im Frühjahr deutete nichts auf einen Rücktritt hin. So stellten sich die Parteien früh auf einen Wahlkampf ein, in dem alle Bisherigen wieder antreten würden. Doch es kam anders: Ende Mai überraschte der Liberale Ueli Vischer die Öffentlichkeit und auch seine Partei mit seinem Entscheid, nicht mehr zu kandidieren. Damit löste er auf der bürgerlichen Seite Hektik aus.

Linker Angriff auf die Regierungsmehrheit

Auf der anderen Seite hatte die Linke schon sehr früh ihre Ansprüche angemeldet. Man wolle die bürgerliche Regierungsmehrheit sprengen, hiess es schon Anfang Februar, und Mitte März wurde dies unüberhörbar kommuniziert: Die Linke werde mit den beiden Bisherigen Ralph Lewin und Barbara Schneider antreten, dazu mit einer weiteren SP-Kandidatur und zusätzlich mit einer Person aus dem Grünen Bündnis. Zwei Frauen und zwei Männer wurden angekündigt, nominiert wurden Anfang April Ralph Lewin, Barbara Schneider und Eva Herzog (alle SP) sowie Guy Morin (Grüne).

Das seit 1999 existierende Grüne Bündnis besteht, nachdem sich die Frauenliste per Ende 2002 aufgelöst hat, noch aus der «Grünen Partei Basel-Stadt» und der «BastA!», der zumindest indirekten Nachfolgeorganisation der Progressiven Organisationen (POB), die sich im Februar 1993 aus dem Politbetrieb verabschiedeten. Im Grossen Rat stellen Grüne und BastA! eine gemeinsame Fraktion, die in den letzten Jahren immer enger mit den Sozialdemokraten zusammenspannte. Um die Kräfte zu konzentrieren, einigten sich die Parteien links der SP auf eine einzige Kandidatur, auf den Grünen Guy Morin.

Gemeinsam marschiert waren SP und das Bündnis schon zuvor in mehreren Wahlgängen; insbesondere die National- und Ständeratswahlen 2003 brachten der Linken einen durchschlagenden Er-

folg. Das, so rechnete die linke Seite, musste für die Regierungs- und Grossratswahlen von 2004 eine hervorragende Ausgangslage abgeben.

SP-Parteipräsident Beat Jans, der Architekt der linken Wahlerfolge, begründete den Anspruch der Linken auf die Regierungsmehrheit insbesondere mit dem Versagen der Bürgerlichen in verschiedenen Bereichen. Basel leide seit längerem unter einer Verkrampfung; Universität, Kinderbetreuung, Schulen, Integration, Wohnumfeldaufwertung seien Themen, derer man sich vermehrt annehmen müsse. Genannt wurde auch der Sicherheitsbereich, für die Linke bis anhin ein eher nebensächliches Politikfeld, und schliesslich machte die SP ausgerechnet die Finanzpolitik, eine bürgerliche Domäne, zu einem zentralen Wahlkampfthema. Die Bürgerlichen würden sich nicht aktiv gegen den Rückgang der Steuereinnahmen einsetzen, sondern im Gegenteil eine Politik der leeren Kassen betreiben, lautete der Hauptvorwurf. Die verschiedenen Steuer-senkungen seien eigentlich Umverteilungs- respektive Abbau-Aktionen gewesen und hätten dem Kanton nicht geholfen.

Bürgerliche unvorbereitet – und ohne Frau

Bei den Bürgerlichen herrschte Ruhe, bis der Liberale Ueli Vischer am 25. Mai auf eine erneute Kandidatur verzichtete. Gegenüber der Linken befanden sich die Bürgerlichen bereits im Zugzwang, galt es doch, in sehr kurzer Zeit eine geeignete Kandidatur zu finden. Die Strategie war schon festgelegt – ein «Vierer-Ticket» sollte es wieder sein, die Wählerschaft sollte die bürgerliche Politik bestätigen. Fehlte nur noch die vierte Person: Gefunden wurde sie in Mike Bammatter (FDP), einem im Nachbarkanton Baselland arbeitenden 45-jährigen Verwaltungsjuristen. Als Generalsekretär des Baselbieter Finanzdirektors schien er den idealen Nachfolger von Ueli Vischer als Finanzdirektor abzugeben – und so wurde er denn auch angepriesen. Von Vorteil schien es zudem zu sein, dass Bammatter die Kantonsverwaltungen beider Basel kannte, hatte er doch vorher unter anderem als Chefbeamter im Basler Wirtschafts- und Sozialdepartement gearbeitet.



Barbara Schneider
Eva Herzog



Ralph Lewin
Guy Morin



Jörg Schild
Carlo Conti
Christoph Eymann

In der bürgerlichen Findungskommission setzten sich die Freisinnigen durch: Sie wollten unbedingt den seit dem Ausscheiden von Stefan Cornaz verlorenen zweiten Regierungssitz zurückholen. Leer ausgegangen waren in der Kandidatenkür insbesondere die Frauen – mit Grossratspräsidentin Beatrice Inglin-Buomberger (CVP) wäre eine qualifizierte bürgerliche Frau zur Verfügung gestanden.

Bereits am 12. Februar hatte indessen die SVP mit Kinderspitaldirektor Konrad Widmer einen Regierungsratskandidaten vorgestellt und damit den Wahlkampf eröffnet. Dieser Kandidat zog sich jedoch Mitte März wieder zurück, nachdem in der SVP ein währschafter Hauskrach ausgebrochen war, der später zu einer Abspaltung und zur Gründung der «Schweizerischen Bürgerpartei Basel» führte. Danach stieg Parteipräsidentin Angelika

Zanolari selbst ins Rennen, aber mit bescheidenem Erfolg, wie sich zeigen sollte.

Wieder nominiert wurde Justizdirektor Hans Martin Tschudi (DSP). Und ausserdem meldete sich die «Liste gegen Armut und Ausgrenzung» mit vier Kandidatinnen und Kandidaten, die allerdings keine Rolle spielten, ebenso wenig wie Thien Egi von den Schweizer Demokraten (SD).

Ein Rücktritt nach dem ersten Wahlgang

Im ersten Wahlgang vom 24. Oktober 2004 machten Christoph Eymann (LDP, 30 356 Stimmen), Jörg Schild (FDP, 30 194), Ralph Lewin (SP, 30 177), Carlo Conti (CVP, 27 864) und Barbara Schneider (SP, 27 411) das Rennen sicher. Auf den Plätzen sechs und sieben folgten bereits die beiden Neuen der Linken, Eva Herzog (SP, 22 231) und Guy Morin

Grossratswahlen 2004

	Wähleranteil in %		Sitzverteilung	
	2004	2000	2004	2000
FDP	11,7	12,6	17	18
LDP	8,0	11,3	12	16
VEW	4,5	5,6	6	6
SP	32,8	26,0	46	39
CVP	8,2	9,9	11	14
Bündnis	11,5	9,6	16	12
SD	3,2	4,6	0	5
DSP	4,6	6,0	6	6
SVP	12,0	10,0	15	14
Aktives Bettingen			1*	0

* Die Einer-Vertretung des Wahlkreises Bettingen wird im Majorzverfahren gewählt. (2000 besetzte die VEW den Sitz.)

(Grüne, 21 209). Das absolute Mehr betrug 24 658. «Unter dem Strich» rangierten auf Platz acht Hans Martin Tschudi (DSP, 20 954), als Neunter Mike Bammatter (FDP, 19 405) und schon abgeschlagen als Zehnte Angelika Zanolari (SVP, 8638), die sich darauf zurückzog, genau wie die vier Kandidierenden der «Armut-Liste» und Egi, die nur unter «ferner liefen» ins Ziel kamen. Die Wahlbeteiligung betrug 45,4 Prozent.

Für den zweiten Wahlgang vom 28. November nominiert wurden Herzog, Morin, Bammatter und auch Tschudi – doch dieser warf wenige Minuten vor Meldeschluss völlig überraschend das Handtuch, zum Ärger seiner Partei und zum Erstaunen fast sämtlicher politischer Beobachter. Die Stichwahl entschied die Linke wie im ersten Wahlgang: Sie wählte geschlossen, die Bürgerlichen hatten nicht die Kraft, das Blatt zu wenden. Eva Herzog erhielt 28 081 Stimmen, Guy Morin 26 228 und Mike Bammatter 25 196, das bei einer Wahlbeteiligung von 46,3 Prozent. Damit war die rot-grüne Regierung Tatsache geworden. Folgerichtig beanspruchte die SP nun die Verantwortung für die Staatsfinanzen: Die promovierte Historikerin Eva Herzog (Jahrgang 1961) übernahm das Finanzdepartement, der Arzt Guy Morin (Jahrgang 1956) das Justizdepartement.

Linksrutsch auch in den Grossratswahlen

In den Grossratswahlen bestätigte sich der schweizerische Trend der letzten Jahre: Die Pole links (SP) und rechts (SVP) gingen gestärkt aus der Wahl hervor, die Mitte wurde gerupft. Auf der linken Seite legten SP und Grünes Bündnis in allen Wahlkreisen zu und kommen nun zusammen auf 62 Sitze, ganz nahe an die absolute Mehrheit. Im bürgerlichen Lager mussten LDP und CVP am meisten Haare lassen. Am rechten Rand kam die SVP wieder auf die Stärke von 2000 zurück – die Abspaltung der Schweizerischen Bürgerpartei hatte ihr nichts anhaben können. Die Bürgerpartei verschwand, dazu auch die Schweizer Demokraten (SD), die von der SVP aufgesogen wurden. In der Mitte konnten sich die Vereinigung Evangelischer Wählerinnen und Wähler (VEW) und die Demokratisch-Soziale

Partei (DSP) halten; beide pochen sehr auf eigenständige Politik, paktieren aber häufig mit der linken Seite.

Im linken Parteienspektrum hat die Konzentration der Kräfte mehr oder weniger bereits stattgefunden. Grüne und BastA! werden sich wohl noch weiter annähern, dies umso mehr, als die BastA! bereits als Sektion der «Grünen Partei Schweiz» beigetreten ist. Offen ist, was auf der anderen Seite geschieht: Vier Parteien, die das bürgerliche Spektrum abdecken wollen, sind wohl etwas viel. Die Diskussionen über allfällige Fusionen in diesem Lager dürften darum in nächster Zeit nicht verstummen. Für die DSP schliesslich werden die nächsten vier Jahre zum Prüfstein werden: Erstmals seit ihrer Gründung im Jahr 1982 hat diese Partei keinen Regierungsvertreter mehr.